

Stand: 27.06.2025 17:21:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/4391

"20 Jahre Frauen bei der Bayerischen Polizei: Chancengerechtigkeit herstellen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/4391 vom 26.03.2010
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/5055 des OD vom 09.06.2010
3. Beschluss des Plenums 16/5249 vom 23.06.2010
4. Plenarprotokoll Nr. 51 vom 23.06.2010

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Dr. Sepp Dürr, Thomas Mütze, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

20 Jahre Frauen bei der Bayerischen Polizei: Chancengerechtigkeit herstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. Job-Sharing in Führungspositionen und Aufstieg in Teilzeit zu ermöglichen und mehr Teilzeitarbeitsmöglichkeiten zu schaffen,
2. mehr mobile Reserve für Schwangerschaftsvertretungen und Elternzeit zu schaffen,
3. dafür zu sorgen, dass Polizeibeamtinnen und -beamten, die Kinder betreuen, so früh wie möglich die Möglichkeit gegeben wird, wieder in den Polizeiberuf zurückzukehren, indem mehr den zeitlichen Bedürfnissen angepasste Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung gestellt werden,
4. bei der Beurteilung durch frühzeitige Einbeziehung der Gleichstellungsbeauftragten Nachteile für Frauen und Teilzeitarbeitende abzubauen,
5. durch Standards für Freistellung und Besoldung die Arbeitsmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten in den Präsidien zu verbessern,
6. durch eine Quotenregelung den Anteil der Frauen in Führungspositionen ab A 13 deutlich anzuheben.

Begründung:

Mittlerweile gibt es 14 Prozent Frauen bei der bayerischen Schutzpolizei, bei der Kriminalpolizei sind es 17 Prozent, Frauen sind bei der Polizei immer noch deutlich in der Minderzahl, nur 7 Prozent der Polizeiführungspositionen sind mit Frauen besetzt.

Die Staatsregierung berichtete aufgrund einer Landtagsanfrage, dass die durchschnittlichen Beurteilungen der Frauen in A 12 drastisch schlechter sind als die der Männer, dabei ist eine Beur-

teilung gerade in dieser Ebene entscheidend für die Übernahme späterer Führungsfunktionen. In der Beurteilung für die Stufen A 9 und A 10 haben Frauen noch deutlich die Nase vorn, doch bei der Beurteilung in A 12 erreichen 62,6 Prozent der Männer eine gute oder sehr gute Beurteilung, aber nur noch 45 Prozent der Frauen. In A 13 findet man bei der Polizei dann nur noch 22 Frauen, aber 1.003 Männer. Dafür werden diese wenigen Frauen, die es so weit geschafft haben, wieder besser bewertet.

Teilzeit arbeitende Beamtinnen trifft es noch schlimmer: Von denen, die in A 11 in Teilzeit arbeiten, erreichen nur 37 Prozent eine Beurteilung von 11 Punkten oder besser, bei den Ganztagskräften sind es jedoch 63 Prozent, ein fast doppelt so hoher Anteil. Wer einmal schlecht beurteilt wurde, und sei es in der Teilzeit- und Familienphase, erreicht jedoch in der Regel nicht so schnell wieder bessere Beurteilungen, auch dann nicht, wenn sie oder er später wieder Vollzeit arbeitet.

Zwar starten Männer und Frauen mit denselben durchschnittlichen Eingangsgehältern bei der Bayerischen Polizei, so beginnen die Unterschiede der geschlechterspezifischen Durchschnittsgehälter mit Beginn der Familienphase und vergrößern sich von dann an zunehmend weiter.

Zu den einzelnen Forderungen:

1. Derzeit ist Job-Sharing auf einer Führungsebene bei der bayerischen Polizei nicht möglich, obwohl gute Teams in anderen Bereichen schon längst überzeugend dargelegt haben, dass auch in Teilzeit verantwortliche Aufgaben gut bewältigt werden können. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollten zudem mehr Teilzeitarbeitsmöglichkeiten auf allen Ebenen ermöglicht werden und Aufstieg auch in Teilzeit möglich sein. Nachteilig ist derzeit auch, dass die einzelnen Polizeiinspektionen keine mobile Reserve zugeteilt bekommen, wenn zwei Beamtinnen bzw. Beamten unterschiedlicher Eingruppierung und Beurteilung in Teilzeit arbeiten, sondern nur, wenn zwei Teilzeitstellen in derselben Eingruppierungs- und Beurteilungsstufe vakant sind.
2. Dringend erforderlich ist auch, mehr mobile Reserve für Schwangerschaftsvertretungen zu schaffen; derzeit gibt es nur 240 Stellen für mobile Reserve insgesamt, von denen nicht einmal alle besetzt sind. Dies führt dazu, dass Mutterschutzfreistellungen und Elternzeitfreistellungen nicht zeitnah ersetzt werden können.
3. Den zeitlichen Bedürfnissen angepasste Kinderbetreuungsangebote dienen der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher sind durch die Präsidien eigene Initiativen zur Ergänzung des lokalen Angebots von Kinderkrippen und Kindertagesstätten erforderlich.
4. Die Benachteiligungen von Frauen und Teilzeitarbeitenden bei der Beurteilung ist sachlich nicht nachzuvollziehen. Gleichstellungsbeauftragte sollen frühzeitig bei der Beurteilung beteiligt werden, noch bevor die Dienststellungen die Reihungen an die Präsidien melden.
5. Bei der Bayerischen Polizei fehlen immer noch Standards für Freistellung und Besoldung der Gleichstellungsbeauftragten in den Präsidien.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 16/4391

20 Jahre Frauen bei der Bayerischen Polizei: Chancengerechtigkeit herstellen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichtersteller: **Thomas Mütze**
Mitberichtersteller: **Bernhard Seidenath**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit, der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 20. April 2010 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 20. Mai 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 9. Juni 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 9. Juni 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Ingrid Heckner
Vorsitzende

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Dr. Sepp Dürr, Thomas Mütze, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/4391, 16/5055

20 Jahre Frauen bei der Bayerischen Polizei: Chancengerechtigkeit herstellen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 5, die auf Antrag der Fraktion der Freien Wähler einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich sehe recht viele Hände. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist es doch einstimmig beschlossen. Danke schön. Der Landtag übernimmt damit diese Voten.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Ausschussumbesetzungen mitgeteilt hat:

Herr Kollege Thomas Mütze, der zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden ist, verlässt die Ausschüsse für Fragen des öffentlichen Dienstes und für Staatshaushalt und Finanzfragen. Neues Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen wird Frau Kollegin Claudia Stamm, die gleichzeitig aus dem Landwirtschaftsausschuss ausscheidet.

Herr Kollege Thomas Gehring wird Nachfolger des Kollegen Mütze im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes.

Anstelle von Frau Kollegin Stamm wird der Kollege Sepp Daxenberger neues Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Flexible Mieten für kulturelle Veranstaltungen
 Drs. 16/3667, 16/5053 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<u>A</u>	<u>A</u>	<u>ENTH</u>	<u>Z</u>	<u>A</u>

2. Antrag der Abgeordneten Harald Schneider, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
 Ausbildung von afghanischen Polizeioffizieren in Bayern
 Drs. 16/3927, 16/5033 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<u>A</u>	<u>Z</u>	<u>Z</u>	<u>ohne</u>	<u>A</u>

**bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<u>A</u>	<u>Z</u>	<u>Z</u>	<u>Z</u>	<u>A</u>

3. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer, Martin Güll, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
 Anstellung einer pädagogischen Zweitkraft in schulvorbereitenden Einrichtungen
 Drs. 16/4056, 16/5036 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<u>A</u>	<u>Z</u>	<u>Z</u>	<u>Z</u>	<u>A</u>

4. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Annemarie Biechl, Albert Füracker u.a. CSU
Bericht zum Ernährungscluster
Drs. 16/4058, 16/5039 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
Pilotprojekt zur Reduzierung der elektromagnetischen Strahlenbelastung durch Mobilfunk initiieren
Drs. 16/4106, 16/5042 (A)

der Dringlichkeitsantrag wird einzeln beraten

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Anbau der gentechnisch veränderten Kartoffel Amflora in Deutschland
Drs. 16/4136, 16/5043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wirksamer Jugendschutz im Internet
Drs. 16/4234, 16/4996 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

8. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Fortführung des Projekts „Junge Eltern/Familien“
Drs. 16/4346, 16/5040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

9. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Förderung des Sojaanbaus in Bayern
Drs. 16/4348, 16/5041 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒ A	☒ Z	☒ Z	☒ ENTH	☒ A

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
20 Jahre Frauen bei der Bayerischen Polizei: Chancengerechtigkeit herstellen!
Drs. 16/4391, 16/5055 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒ A	☒ Z	☒ ENTH	☒ Z	☒ A

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger,
Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FW)
Kräftebedarfsberechnung für die Bayerische Polizei umgehend erstellen
und „Altbewerberprogramm“ für den gesamten Freistaat wieder aufstellen!
Drs. 16/4458, 16/5056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒ A	☒ A	☒ Z	☒ ENTH	☒ A

12. Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer,
Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
Blutentnahmen in Ermittlungsverfahren
Drs. 16/4568, 16/4978 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒ Z	☒ Z	☒ Z	☒ Z	☒ Z

13. Antrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann,
Thomas Dechant FDP
Anhörung Bayerisches Naturschutzgesetz
Drs. 16/4569, 16/5044 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutz der „Verantwortungsarten“
Drs. 16/4653, 16/5045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BayKiBiG mit UN-Konvention abgleichen
Drs. 16/4775, 16/5116 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

16. Antrag der Abgeordneten Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer FDP,
Petra Guttenberger u.a. CSU
Kritischer Umgang mit dem Rücknahmeabkommen mit Syrien
Drs. 16/3978, 16/5166 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat